

WEITERDENKEN

Prof. Dr. Monika Oberle und Dr. Julia Schwanholz

Demokratie ohne Wahlbeteiligung?

Potenziale politischer Bildung an Schulen besser nutzen!

Die Wahlbeteiligung in Deutschland nimmt seit Jahren ab. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 gaben so wenige Menschen wie nie zuvor in der Geschichte des Landes ihre Stimme ab – mit 55,5 Prozent sank die Wahlbeteiligung allgemein auf einen historischen Tiefpunkt und bei den Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 20 Jahren sogar auf 40,7 Prozent. Wahlabsentismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, da mit abnehmender Wahlbeteiligung demokratische Legitimität unter Druck gerät. Wie lässt sich Wahlbeteiligung wieder erhöhen? Und welchen Beitrag kann politische Bildung an Schulen dazu leisten?

Sinkende Wahlbeteiligung

In Deutschland ist die Beteiligung an Wahlen sehr unterschiedlich: Bundestagswahlen verzeichnen regelmäßig die höchste Wahlbeteiligung; Landtagswahlen, Europawahlen und besonders Kommunalwahlen weisen geringere Beteiligungsquoten auf. Allgemein gelten Wahlen als ein entscheidendes Partizipationsinstrument zur Herstellung demokratischer Legitimität (Bytzek/Roßteutscher 2011).

Nimmt die Wahlbeteiligung ab, wie im Falle der letzten Landtagswahl 2022 in NRW sehr deutlich, so ist dies in mehrerlei Hinsicht problematisch und hat zumeist verschiedene Gründe: Bereits in den 1930er Jahren konnte Tingsten (1937) einen einfachen Zusammenhang aufzeigen, bei dem es um die sog. Repräsentationslücke geht. Demnach führt eine abnehmende Wahlbeteiligung zu sozialer Verzerrung im Sinne einer Besser-

stellung privilegierter Statusgruppen. Konkret bedeutet dies, bestimmte, vor allem ressourcenschwächere Bevölkerungsgruppen werden, gemessen an ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung, schlechter repräsentiert als andere, in der Regel ressourcenmäßig besser ausgestattete gesellschaftliche Gruppen, die politisch überrepräsentiert sind. Aufgrund des vermuteten oder empirisch nachgewiesenen Zusammenhangs zwischen deskriptiver Repräsentation und politischer Responsivität fühlen sich unterprivilegierte Gruppen benachteiligt. Zwar müssen sie nicht zwangsläufig auch tatsächlich benachteiligt werden – dies hängt wesentlich von der Realisierung substantieller Repräsentation ab –, doch wird schon der vermutete Umstand, mit den eigenen Anliegen kein Gehör zu finden, negativ wahrgenommen:

„Werden Bürgerinnen und Bürger gefragt, ob sie politische Entscheidungen beeinflussen können oder ob das politische System Menschen wie ihnen eine Mitsprachemöglichkeit einräumt, fallen die Reaktionen häufig negativ aus. Aus Sicht insbesondere der weniger Privilegierten ist Politik etwas, das fern von ihnen stattfindet, wo die eigenen Anliegen nicht beachtet werden und das sich dem eigenen Einfluss entzieht“ (Elsässer/Schäfer 2021: 8).

Repräsentationslücke mit sozialer Schiefelage

Sinkt die Wahlbeteiligung, so sind es oftmals Menschen aus benachteiligten sozialen Schichten, die sich der Stimme enthalten haben. Neben einer schlechteren formellen Bildung haben sie in der Regel geringere Einkommen und häufiger einen Migrationshintergrund. Die individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen entscheidet demnach darüber mit, ob Menschen zur Wahl gehen oder nicht. Zur Erklärung von Wahl und Nicht-Wahl lassen sich überdies Mobilisierungsgründe anführen. Zu diesen zählen etwa Sozialisationserfahrungen und peer-group-Effekte, die positiv oder negativ auf die Partizipationsbereitschaft wirken können. Ob Menschen zur



Prof. Dr. Monika Oberle ist seit Oktober 2014 Univ.-Professorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Universität Göttingen. Sie hat in Marburg, London und Berlin Politikwissenschaft studiert.



Dr. Julia Schwanholz ist Akademische Rätin am Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Zuvor war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Göttingen. Ihre Forschungsthemen umfassen Parliaments-, Demokratie- und Public Policy-Forschung.
© Foto: UDE

Wahl gehen, hängt also auch wesentlich davon ab, inwieweit Politik schon im Elternhaus eine Rolle spielte und ob im Freundeskreis über Parteien und Wahlen gesprochen wird. Schließlich lassen sich Gründe der persönlichen Kosten-Nutzen-Abwägung zur Erklärung der Wahlbeteiligung anführen: Empfinden Menschen die Stimmabgabe als aufwendig und erachten ihren individuellen oder den kollektiven Nutzen ihres Gangs an die Urne als gering, so sinkt die Wahrscheinlichkeit ihrer Wahlbeteiligung. Eine wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit und auch Parteibindungen können hingegen positiv auf die Partizipationsbereitschaft wirken.

Ursachen für Nichtwahl

Die Frage, ob mit schulischer Bildung die Wahlbeteiligung gesteigert werden kann, ist eng mit Nicht-Wahl-Erklärungen verbunden, die von den Modellen zur Ressourcenausstattung und Mobilisierung angeboten werden. Zur Ressourcenausstattung gehört u. a. der Aspekt politischen Wissens; Mobilisierung lässt sich über politische Gespräche, individuelle Lern- und gruppenspezifische Sozialisationserfahrungen erreichen. Beides kann in schulische Lehrpläne integriert werden.

Während in der Forschung bisher davon ausgegangen wird, dass Nicht-Wahl im Sinne der Mobilisierungs- und Sozialisationsthese „vererbt“ wird (Schäfer 2021) – indem etwa Politik am Küchentisch und im Familienalltag keine prägende Rolle spielt und damit von Kindern und Jugendlichen nicht habitualisiert wird –, lenken neuere Studien die Aufmerksamkeit gezielt auf entsprechende Sozialisationsräume, um Erstwähler_innen und Wähler_innen mit Migrationsgeschichte zu erreichen:

„Zur Erhöhung der Wahlbeteiligung ist es sehr wichtig, aus Erstwähler*innen habituelle Wähler*innen zu machen. (...) Politische Bildung an Schulen kann die Sozialisation von Schüler*innen mit dem Ziel der politischen Beteiligung stärken. Den in der Tendenz vorhandenen Nachteilen aufgrund geringerer Aktivierung im Elternhaus kann teilweise durch politische Bildung an den Schulen begegnet werden“ (Goerres et al. 2022).

Absenkung des Wahlalters als Lösung?

Auch werden Diskussionen über die Wahlberechtigung und hier konkret die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 politisch verstärkt geführt und mögliche demokratietheoretische und -praktische Implikationen politikwissenschaftlich begleitet (vgl. etwa Roßteutscher et al. 2022). Als eine Maßnahme zur Verbesserung politischer Teilhabe und Mitbestimmung sowie zur Erhöhung der Wahlbeteiligung findet sich der Ansatz der Ausweitung der Wahlberechtigung längst in diversen Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen. Bislang variieren die Regeln dazu zwischen deutschen Ländern, d.h. bei einigen Landtagswahlen dürfen junge Menschen mit 16 ihre Stimme abgeben, während dies in anderen erst ab 18 Jahren zulässig ist. Faas/Leininger (2020) haben empirisch herausgearbeitet, dass kaum ein Unterschied in der Reife 16-Jähriger in Bezug auf Politik gegenüber 18-Jährigen festzustellen ist und dies also kein Argument gegen die Herabsetzung des Wahlalters sein sollte. Hinzu kommt der Aspekt, dass eine schulische Begleitung von Erstwähler_innen schulformübergreifend im Alter von 16 Jahren noch möglich ist. Die schulische Sozialisation könnte sich wiederum positiv auf die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit auswirken. Dass die Absenkung des Wahlalters kein Selbstläufer ist, wird allerdings gleichfalls konstatiert. Vielmehr ist eine Flankie-

rung mit entsprechenden Maßnahmen nötig, damit sich das Ziel, mehr Beteiligung und weniger Ungleichheit zu erwirken, auch tatsächlich einstellen kann (vgl. Faas/Leininger 2020: 55).

Welche Maßnahmen zur Flankierung seitens der Schulen sinnvoll eingesetzt werden könnten, um die politische Bildung junger Menschen zu erhöhen und einen positiven Beteiligungseffekt zu erreichen, wird in den hier zitierten Arbeiten nicht konkret ausgeführt. Entsprechende Ansatzpunkte und Vorschläge sollen daher im folgenden Abschnitt dargestellt und diskutiert werden.

Erhöhung der Wahlbeteiligung durch schulische Bildung?

Die Förderung der politischen Partizipation im Politikunterricht erfolgt v. a. indirekt über die Vermittlung politischer Kenntnisse sowie die Stärkung der politischen Selbstwirksamkeitsüberzeugung bzw. des *politischen Effektivitätsgefühls*. Beide Dispositionen – also politisches Wissen und Effektivitätsgefühl – wirken sich empirischen Studien zufolge auch bei Jugendlichen positiv auf ihre politische Partizipation(sbereitschaft) inklusive der Wahlbeteiligung aus (Arens/Watermann 2017; Maurissen 2020; Moeller et al. 2014). Gerade das politische Effektivitätsgefühl gilt als wichtige Mediatorvariable, die auch soziale Ungleichheit (wie Geschlechterdifferenzen oder sozioökonomisch bedingte Unterschiede) im politischen Beteiligungsverhalten vermittelt (Hoskins et al. 2016). Hier kann schulische politische Bildung frühzeitig effektiv ansetzen, um eine umfassendere Teilhabe aller jungen Bürger_innen auch an Wahlen zu fördern.

Effektivitätsgefühl als Voraussetzung für politische Partizipation

Politisches Effektivitätsgefühl bezeichnet die Einschätzung der eigenen Selbstwirksamkeit im Bereich der Politik, also die Einschätzung des Einflusses, den man selbst auf die politische Willensbildung und politische Entscheidungen nehmen zu können meint. Dabei lassen sich theoretisch und empirisch ein internes und ein externes Effektivitätsgefühl unterscheiden (Lane 1959; Vetter 1997): Während *internal political efficacy* sich auf die Einschätzung der eigenen auf Politik bezogenen Fähigkeiten inklusive der eigenen politischen Kenntnisse (subjektives Wissen) bezieht, ist unter *external political efficacy* die subjektiv wahrgenommene Responsivität des Systems gegenüber den Bürgerinteressen zu verstehen, also die Einschätzung, ob „das politische System für Einflüsse der Bürger offen ist und auf sie reagiert“ (Vetter/Maier 2005: 57). Beide Dimensionen des politischen Effektivitätsgefühls sind relevant für politische Partizipation (vgl. Oberle 2018).

Verschiedene Ansätze zur Förderung politischer Teilhabe

1. Politische Planspiele

Studien unterstreichen die Potenziale der Planspielmethode, das interne und externe politische Effektivitätsgefühl von Kindern und Jugendlichen zu stärken und damit auch ihre politische Partizipationsbereitschaft zu erhöhen. Planspiele sind komplex angelegte Rollenspiele mit klaren Interessengegensätzen und hohem Entscheidungsdruck, wobei Konflikte in simulierten Ausschusssitzungen, Konferenzen oder Hearings ausgetragen werden. Planspiele helfen, die Komplexität von Poli-

tik – gerade auch bezüglich des politischen Prozesses – zu reduzieren und verstehbar zu machen, und geben Einblicke in das Erfordernis und die Schwierigkeiten politischer Kompromissfindung. Sie verknüpfen exemplarisch das Politische mit der Lebenswelt der Lernenden, ermöglichen es, eigene Fähigkeiten in einem geschützten Rahmen zu erproben und dienen einer nachhaltigen, da erfahrungsbasierten Wissensvermittlung. Eine Studie der Universität Göttingen bestätigt, dass sich die Teilnahme an einem dreistündigen Planspiel zum Europäischen Parlament nicht nur auf politisches Wissen und Interesse, sondern auch auf das interne und externe EU-bezogene politische Effektivitätsgefühl von Sekundarstufenschüler_innen insgesamt positiv auswirkt (Oberle/Leunig 2018). Dabei ist der positive Effekt auf das externe Effektivitätsgefühl auf eine starke Zunahme bei Jugendlichen mit zunächst negativer external efficacy zurückzuführen, während bei Schüler_innen mit einem positiven Ausgangsniveau das externe Effektivitätsgefühl (also das EU-bezogene Responsivitätsgefühl) leicht rückläufig ist (Tendenz zu einem mittleren Wert), was gegen eine überwältigende EU-Propaganda durch das Planspiel, jedoch für eine Korrektur negativer Politik- bzw. EU-bezogener Vorurteile der Jugendlichen spricht. Eine weitere Interventionsstudie zeigt, dass sich Planspiele bereits in der Grundschule zur Förderung der politischen Kenntnisse und Selbstwirksamkeitsüberzeugungen von Viertklässler_innen eignen (Oberle et al. 2018). Dank eines dritten Messzeitpunkts sechs bis acht Wochen nach Durchführung des halbtägigen EU-Rats-Planspiels und einer Kontrollgruppe ohne Intervention konnten auch mittelfristige Effekte der Intervention belegt werden.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass es nicht das Bildungsziel sein sollte, einen möglichst hohen Wert des politischen Effektivitätsgefühls ungeachtet tatsächlich vorhandener Kenntnisse und Fähigkeiten (oder bezüglich der *external efficacy*: ungeachtet der Responsivität des politischen Systems) zu erreichen. Eine Überschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit der Kinder und Jugendlichen wird der Realität komplexer Problemsituationen nicht standhalten. Eine Unterschätzung der eigenen politischen Selbstwirksamkeit kann jedoch Beteiligung verhindern bzw. blockieren. Auch ein fehlendes externes Effektivitätsgefühl birgt die Gefahr, dass Bürger_innen gar nicht erst partizipieren, weil sie davon ausgehen, dass Menschen „wie sie“ in diesem System ohnehin kein Gehör finden, mit der Folge eines sich selbst verstärkenden Teufelskreises einer wachsenden Repräsentationslücke.

2. Offenes Unterrichtsklima

Auch ein für Diskussionen offenes Unterrichtsklima (classroom climate open for discussion; manchmal auch als „demokratisches Unterrichtsklima“ bezeichnet) hat internationalen Studien zufolge eine positive Wirkung auf das politische Effektivitätsgefühl der Lernenden, und vermittelt hierüber auf deren politische Partizipation(sbereitschaft) (Manganelli et al. 2015). Ein solches Unterrichtsklima, in dem die Schüler_innen den Lehrkräften auch widersprechen können und sich motiviert fühlen, offen ihre Meinung zu sagen, lässt sich nicht nur im Politikunterricht, sondern grundsätzlich in allen Schulfächern realisieren.

3. Probewahl, Wahlomat und Speed-Dating

Ein weiterer erprobter Ansatz zur Förderung der politischen Partizipation im Politikunterricht ist die Durchführung von Probewahlen (Waldvogel et al. 2020) bzw. die Nutzung von Voting Advice Applications (VAA) wie dem Wahlomaten (Fivaz/Nadig 2010). Für den Einsatz des Wahlomaten im Schulunterricht

werden von der Bundeszentrale für politische Bildung regelmäßig Handreichungen bereitgestellt. Erste empirische Studien weisen darauf hin, dass (auch digitale) Unterrichtseinheiten, die einen Wahlomaten (oder im Falle von Kommunal- bzw. Oberbürgermeisterwahlen: Kandidatomaten) nutzen, positive Effekte auf politische Kenntnisse, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und Partizipationsbereitschaften der Schüler_innen haben (Waldvogel et al. i. E.). So kann die Bedeutung bevorstehender Wahlen für das eigene Leben herausgearbeitet werden und die Auseinandersetzung mit Wahlprogrammen der Parteien samt eigener politischer Urteilsbildung, und damit Wahlentscheidung, spielerisch gefördert werden. Eine ergänzende Variante ist ein Speed-Dating mit Abgeordneten und anschließender Probewahl. Dies kann auch mit einem ganzen Schuljahrgang erfolgen und in Kooperation mit (überparteilichen) Akteur_innen der außerschulischen politischen Bildung durchgeführt werden.

Grundbedingung: Professionalisierung von Lehrkräften

Schulische Bildung ist nicht der einzige, aber doch ein relevanter Faktor der politischen Sozialisation. Neben Familie und peers (Gesprächen über Politik, Vorbildfunktionen hinsichtlich politischen Interesses und Wahlbeteiligung u.a.m.) sowie der analogen und digitalen Mediennutzung gilt die formale Bildung als ein bedeutender Faktor der politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Dabei konnten Studien sowohl Einflüsse des generellen Bildungsniveaus als auch Wirkungen spezifischer Lerngelegenheiten der politischen Bildung aufzeigen. Letztere werden v.a. im politischen Fachunterricht geboten, wobei das Schulfach je nach Bundesland und Schulform sehr unterschiedliche Bezeichnungen und Zuschnitte aufweist, was nicht gerade zu seiner Stärkung beiträgt (zum Vorschlag einer bundesweit einheitlichen Fachbezeichnung „Politische Bildung“ vgl. Oberle/Pohl 2020). Auch kennzeichnet den Politikunterricht ein ungewöhnlich hoher Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht – Politische Bildung wird also von hierfür nicht ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet, insbesondere in nichtgymnasialen Schulformen (in NRW bspw. 30 Prozent an Gymnasien, 60 Prozent an Realschulen, 80 Prozent an Hauptschulen, vgl. Grieger/Oberle 2019). Dies korrespondiert mit einem weniger partizipativen und methodisch weniger vielfältigen Unterricht an nichtgymnasialen Schulformen (Achour/Wagner 2019), wo bereits der Stundenumfang des Politikunterrichts teilweise geringer ausfällt (Gökbudak/Hedtke 2019).

Zusammenfassung und Empfehlungen

Die Wahlteilnahme oder Wahlabstinenz von Erstwähler_innen prägt ihre politische Beteiligung im weiteren Lebensverlauf (Esser/de Vreese 2007). Um Jugendliche aller sozialer Schichten an Politik heranzuführen, sie für politische Partizipation zu motivieren und eine reflektierte und effektive Teilhabe zu fördern, sollte das Potenzial des Politikunterrichts besser genutzt werden – die Schulpflicht ermöglicht es hier, alle angehenden Jungwähler_innen zu erreichen. Im Sinne der Chancengerechtigkeit muss die Ausbildung von Fachlehrkräften gestärkt werden, gerade in nichtgymnasialen Schulformen wie Haupt- und Realschule sowie berufsbildenden Schulen. Darüber hinaus müssen in allen Schulformen praktizierende Lehrkräfte für einen fachlich fundierten, handlungs- und schüler_innenorientierten, problem- und konfliktorientierten Politikunterricht (regelmäßig) fortgebildet werden. Des Weiteren gilt es, auch die Chancen der politischen Bildung in der Primarstufe intensiver zu nutzen,

wofür wiederum eine entsprechend verbesserte Aus- und Fortbildung der Sachunterrichtslehrkräfte erforderlich ist. Gerade an Grundschulen und an berufsbildenden Schulen mit heterogenen Schüler_innenzusammensetzung besteht enorm viel ungenutztes Potenzial: Von Haus aus eher politikferne Kinder und Jugendliche für Politik zu begeistern, ihre politischen Kenntnisse, Urteils- und Handlungsfähigkeiten zu fördern und politische Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und Partizipationsbereitschaften zu stärken, sollte systematisch etabliert werden. Schließlich sollte die Chance zur Kooperation der schulischen Bildung mit Akteur_innen der außerschulischen politischen Bildung ergriffen werden, um das Beste beider Welten zu verbinden (einerseits die Zielgruppenreichung dank Schulpflicht und andererseits methodische Innovationen, von Notengebung unbeeinflusste Lernatmosphäre und besondere Expertisen). So kann politische Bildung an Schulen einen relevanten Beitrag leisten, um der vielfach konstatierten Repräsentationslücke unserer Demokratie effektiv entgegenzuwirken.

LITERATUR

- Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben. Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen, Berlin.
- Arens, Katrin; Watermann, Rainer (2017): Political Efficacy in Adolescence: Development, Gender Differences, and Outcome Relations. In: *Developmental Psychology*, 53 (5), S. 933–948.
- Bytzek, Evelyn; Roßteutscher, Sigrid (2011): Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland. In: dies. (Hg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt/New York, S. 8–21.
- Elsässer, Lea/Schäfer, Armin (2021): Repräsentation und Responsivität: Wie die Zusammensetzung der Parlamente politische Entscheidungen beeinflusst. In: Korte, Karl-Rudolf; Florack, Martin (Hg.): *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden, S. 1–11.
- Esser, Frank; de Vreese, Claes (2007): Comparing Young Voters' Political Engagement in the United States and Europe. In: *American Behavioral Scientist*, 50(9), S. 1195–1213.
- Faas, Thorsten; Leininger, Arndt (2020): Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. OBS-Arbeitspapier 41, Frankfurt/M.
- Fivaz, Jan; Nadig, Giorgio (2010): Impact of voting advice applications (VAAs) on voter turnout and their potential use for civic education. In: *Policy & Internet*, 2(4), S. 167–200.
- Goerres, Achim; Mayer, Sabrina J.; Elis, Jonas (2022): Die Wahlbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern mit familiärer Migrationsgeschichte. Möglichkeiten und Grenzen der Förderung. Expertise im Rahmen des Projekts „Wissenschaftstransfer zur Unterstützung der Wahlbeteiligung Deutscher mit türkischer Einwanderungsgeschichte und zur Sensibilisierung von Parteien, Mandatsträger_innen und Kandidat_innen bei der politischen Kommunikation in Nordrhein-Westfalen“. Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung. Essen.
- Grieger, Marcel; Oberle, Monika (2020): Fächerübergreifendes Unterrichten im Fach Gesellschaftslehre – Herausforderungen und Ansätze für die Lehrerbildung. In: Albrecht, Achim et al. (Hg.): *Jetzt erst recht. Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen*, Schwalbach/Ts., S. 147–163.
- Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2019): 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019, Bielefeld.
- Hoskins, Bryony; et al. (2016): Inequalities in the Education System and the Reproduction of Socioeconomic Disparities in Voting in England, Denmark and Germany. The Influence of Country Context, Tracking and Self-Efficacy on Voting Intentions of Students Age 16–18. In: *Compare: A Journal of Comparative and International Education*, 46 (1), S. 69–92.
- Lane, Robert E. (1959): *Political life. Why people get involved in politics*, Glencoe.
- Manganelli, Sara; Lucidi, Fabio; Alivernini, Fabio (2014): Adolescents' expected civic participation: The role of civic knowledge and efficacy beliefs. In: *Journal of Adolescence*, 37 (5), S. 632–641.
- Maurissen, Lies (2020): Political efficacy and interest as mediators of expected political participation among Belgian adolescents. In: *Applied Developmental Science*, 24 (4), S. 339–353.
- Moeller, Judith; et al. (2014): Pathway to Political Participation. The Influence of Online and Offline News Media on Internal Efficacy and Turnout of First-Time Voters. In: *American Behavioral Scientist*, 58 (5), S. 689–700.
- Oberle, Monika (2018): Politisches Effektivitätsgefühl von Schüler_innen. Struktur, Determinanten und Veränderbarkeit einer motivationalen Facette politischer Kompetenz. In: Manzel, Sabine; Oberle, Monika (Hg.): *Kompetenzorientierung – Potenziale zur Professionalisierung der Politischen Bildung*, Wiesbaden, S. 85–97.
- Oberle, Monika; Ivens, Sven; Leunig, Johanna (2018): EU-Planspiele in der Grundschule – Ergebnisse einer Interventionsstudie. In: Schöne, Helmar; Detterbeck, Klaus (Hg.): *Europabildung in der Grundschule*, Frankfurt/M., S. 101–117.
- Oberle, Monika; Leunig, Johanna (2018): Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schüler_innen zur Europäischen Union. In: Ziegler, Béatrice; Waldis, Monika (Hg.): *Politische Bildung in der Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Wiesbaden, S. 213–237.
- Oberle, Monika; Pohl, Kerstin (2020): Politik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung – Professionalisierung für ein vielfältiges Unterrichtsfach. In: Cramer, Colin; et al. (Hg.): *Handbuch Lehrerinnen- und Lehrerbildung*, Bad Heilbrunn/Stuttgart, S. 509–516.
- Rossteutscher, Sigrid; Faas, Thorsten; Leininger, Arndt; Schäfer, Armin (2022): Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout. In: *German Politics*, 31 (4), 483–510, DOI: 10.1080/09644008.2022.2117800
- Tingsten, Herbert (1937): *Political behavior: studies in election statistics*, London.
- Vetter, Angelika (1997): *Political Efficacy – Reliabilität und Validität, alte und neue Messmodelle im Vergleich*, Wiesbaden.
- Vetter, Angelika; Maier, Jürgen (2005): Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994–2002. In: Gabriel, Oskar W. (Hg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 51–90.
- Waldvogel, Thomas; Oberle, Monika; Leunig, Johanna (2020): Kommunal wählen gehen?! Die Wirkung von Interventionen politischer Bildung auf die Kenntnisse, Einstellungen und Motivationen von Erstwähler_innen zu Kommunalwahlen. In: *Außerschulische Bildung*, 4/2020, S. 20–29.
- Waldvogel, Thomas; Oberle, Monika; Leunig, Johanna (i.E.): *Der Wahl-O-Mat als Lehr-Lern-Werkzeug im Politikunterricht. Wirkungen einer digitalen Intervention auf (landes-)politische Dispositionen von Schüler_innen*. In: Keuler, Charlotte; Busch, Matthias (Hg.): *Politische Bildung und Digitalität*, Frankfurt/M.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
 B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
 A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
 S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
 F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
 G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
 M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2.
 C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW. 2021/1.
 C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2.
 A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3.
 M. Roos, U. Paetz, A. Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4.
 G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5.
 M. Hennicke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zutun ist. 2021/6.
 T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7.
 L. Ickstadt, R. Faus: Leben in der Pandemie, Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie. 2021/8.
 G.R. Wollinger, St. Kersting: Zukunftsweisende Sicherheitspolitik in NRW. 2022/1.
 T. Wind: „Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“. 2022/2.
 J. Faus/S. Storks/S. Alin, pollylix: „Alles kostet Geld, aber man kann nicht alles mit Geld richten“. 2022/3.
 J. Siebert: Die Übergangenen: Strukturschwach & erfahrungsstark. 2022/4
 C. Döbele: Perspektive Gerechtigkeit: eine Geschlechterfrage. 2022/5
 H. Engelmann-Gith: Geschlechtliche Selbstbestimmung soll Gesetz werden. 2022/6

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Severin Schmidt (V. i. S. d. P.), **Ansprechpartnerin:** Henrike Allendorf | Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-98628-236-3 | **Gestaltung:** pelless.de | **Druck:** Friedrich-Ebert-Stiftung | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfwertung verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

